
Presseinformation Nr. 956

10. September 2007

LAURISCHK:
**Endlich bewegt sich die Regierung beim Thema
Zwangsheirat**

BERLIN. Zur Pressekonferenz des Bundesfamilienministeriums und der Bundesintegrationsbeauftragten zum Thema Zwangsheirat erklärt die Sprecherin für Integration und Migration Sibylle LAURISCHK:

Zwangsverheiratungen sind strafbar, aber das löst offensichtlich nicht das Problem. Die so genannte Große Koalition ist seit ihrem Beginn nicht in der Lage, sich auf ein einheitliches Vorgehen gegen Zwangsheirat zu verständigen. Herausgekommen sind Verschärfungen im Ausländerrecht à la Schäuble, aber keine notwendigen unterstützenden Maßnahmen in Deutschland wie gesicherte Finanzierung von Schutzräumen und eine gezielte Information gefährdeter Mädchen und Frauen.

Dies wird nun endlich angegangen. Die FDP begrüßt die vorgeschlagenen Maßnahmen ausdrücklich. Hoffentlich sorgt die Regierung auch dafür, dass entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt werden.

Zwangsverheiratungen sind immer noch eine Umgehungsmöglichkeit des restriktiven deutschen Zuwanderungsrechts. Wir brauchen endlich eine sinnvolle Zuwanderungssteuerung. Hier müssen sich CDU/CSU und SPD bewegen.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de